



universität
wien

Deutscher Bundestag
Enquete-Kommission
Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität

Kommissionsdrucksache
17(26)14

Institut für Politikwissenschaft
Universitätsstraße 7/2
A-1010 Wien
Tel: +43-1-4277-49452
Fax: +43-1-4277-9477
www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Univ.-Prof. Dr. Ulrich Brand

Berlin, 6.2.2011

Ausgangsüberlegungen und Motivation der Mitarbeit in der Enquete-Kommission

1.

Die Wachstumsproblematik ist über die aktuelle Krise enorm politisiert. Deutlich wurde in den letzten Jahren, dass eben nicht nur die Unternehmen und ihre Gewinne, sondern auch Arbeitsplätze, Staatsfinanzen, Planungssicherheit auf vielen Ebenen und damit gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten daran hängen - und die Gestaltungsmöglichkeiten für Politik. Deutlich wurde zudem, dass das Thema Wachstum nicht nur materiell, sondern auch symbolisch tief in unserer Gesellschaft verankert ist. Dabei besteht die Gefahr, dass mit dem Wachstumsthema Interessenpolitik im Sinne einer weiteren Umverteilung von unten nach oben betrieben wird und der gesellschaftliche Zusammenhalt weiter beschädigt wird (z.B. Austeritätspolitik). Wachstum und Wachstumspolitik haben viel mit sozio-ökonomischen, politischen und damit auch mit Machtstrukturen zu tun, sie sind aber auch gesellschaftliche Legitimations- und Kohäsionsklammer.

2.

Insbesondere angesichts der ökologischen Krise, aber auch aufgrund der zunehmenden Polarisierung in der Weltgesellschaft bedarf es grundlegender Veränderungen. Politische Gestaltung und gesellschaftliche Transformation gehen weit über Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik hinaus und müssen gesellschaftliche Lernprozesse (etwa beim Konsum oder der Mobilität), Verteilungsaspekte, Effizienzgewinne, Material- und Stoffflüsse in den Blick nehmen. Das betrifft auch die Frage, unter welchen Bedingungen (Weltmarkt, Entwicklung von und Verfügung über Technologien, privates Gewinnstreben) der zu verteilende Kuchen gebacken wird. Hier spielen Unternehmen und zivilgesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle. Das betrifft aber auch Fragen der Verteilung von gesellschaftlichen Tätigkeiten und (Lohn-)Arbeit. Viele Menschen arbeiten immer länger und andere sind von gesellschaftlicher Arbeit qua Arbeitslosigkeit ausgeschlossen.

3.

Meine Position zu Wachstum ist nicht abstrakt und per se eine notwendige Schrumpfung des BIP – grünes Wirtschaftswachstum durchaus denkbar und in einzelnen Bereichen sogar notwendig und wünschbar. Gleichwohl geht es um eine veränderte gesellschaftliche Entwicklungsrichtung, in der die Logik „Wachstum um des Wachstums willen“ hinterfragt, geschwächt und perspektivisch verändert wird. Das hat enorme Konsequenzen für politische, ökonomische, soziale und wissenschaftliche Institutionen und für Leitbilder wie jene eines guten Lebens.

4.

Fragen von WWLQ sollten entlang sozialstruktureller Muster – Schichten/Klassen, Geschlechter, Herkunft, Alter - untersucht und entsprechende Politiken formuliert werden (ist mehr als Lebensstil).

5.

Aus meiner Sicht sind Fragen effizienter, aber auch sozial und ökologisch verträglicher Produktion und Verteilung ganz zentral verbunden mit (a) Fragen der demokratischen Gestaltung und sie müssen (b) internationale Zusammenhänge in den Blick nehmen. Das aktuelle globale Wachstumsmodell führt auch zu erheblichen Ressourcenkonflikten in vielen Ländern des Globalen Südens. Insofern ist eine Politik in den materiell reichen Industriegesellschaften, die das ressourcenintensive Modell nach und nach transformiert,

nicht nur eine attraktive und notwendige Option für unsere Gesellschaften, sondern auch für die Menschen in anderen Ländern enorm wichtig.

Einige Konsequenzen für die Arbeit der Enquete-Kommission

(auf Basis des Einsetzungsbeschlusses und ergänzend zu vielen anderen Vorschlägen)

1. Krisendiagnose(n)

Die öffentliche und politische Aufmerksamkeit, die Themen Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität zu überdenken, ist – wie schon zu Beginn der 1970er Jahre – der länger anhaltenden ökologischen und der aktuellen Wirtschaftskrise geschuldet. Das wird in der Darstellung der „Ausgangslage“ im Einsetzungsbeschluss richtigerweise betont. Unter anderen sollten wir systematisch die Frage behandeln: Welche Rolle spielen die Finanzmärkte bzw. die Finanzialisierung der Ökonomie in der aktuellen Krise und hinsichtlich von WWLQ?

Aus meiner Sicht wird von den politischen EntscheiderInnen, der Öffentlichkeit und der Gesellschaft von uns erwartet, dass wir Einschätzungen zur aktuellen Krise abgeben. In einer Studie für die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2009 habe ich die aktuelle Konstellation als „multiple Krise“ bezeichnet, d.h. es handelt sich nicht nur um eine Wirtschafts- und Finanzkrise und schon gar nicht um eine Konjunkturkrise, sondern um eine Strukturkrise.

Die Diagnosen werden wahrscheinlich unterschiedlich sein und es ist nichts gegen plurale Krisendiagnosen einzuwenden.

2. Transition / Transformation

In der sozial-ökologischen Diskussion ist am deutlichsten und in der Forschung fast Konsens, dass wir im Lichte der ökologischen Krise einen tiefgreifenden Strukturwandel benötigen. Das wird durch einige Sachverständige gut abgedeckt. Wir sollten m.E. versuchen, diese Perspektive als eine Art roten Faden durch die Analyse, Diskussionen und Politikempfehlungen zu ziehen. Dabei gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen von Transition (im Sinne gesteuerter Prozesse) und Transformation (hier spielen auch Unsicherheiten und nur schwer steuerbare Strukturen und Prozesse wie etwa der Markt eine Rolle), die wir explizit machen sollten.

Die impliziert eine zentrale Frage: Was sind überhaupt die Steuerungsmöglichkeiten staatlicher Politik angesichts von Globalisierung, tief verankerten an Wachstum orientierten Lebensweise und ökologischer Krise?

Entscheidend ist aus meiner Sicht, dass Fragen politischer und gesellschaftlicher Steuerung an gesellschaftliche Partizipation und demokratische Gestaltung rückgebunden werden. Wer entscheidet über die ökonomischen, politischen und kulturellen Entwicklungspfade? Ist das angesichts der vielen Probleme und aus demokratiepolitischer Sicht wünschenswert?

In der Enquete-Kommission könnten wir diese Fragen konkret an einzelnen Feldern (Mobilität, Ernährung, Wohnen) und Branchen durchspielen. Viele Vorschläge liegen auf dem Tisch und könnten in den umfassenderen Zusammenhang unserer Arbeit gestellt werden.

Die nächsten Punkte sind mir wichtig, da Fragen von WWLQ nicht nur aus einer Länderperspektive („Deutschland“, „China“, „Bevölkerung in Deutschland“) betrachtet werden sollte, sondern entlang sozialer Strukturen und Ungleichheitsmuster, die ja unterschiedliche Erfahrungen implizieren.

3. Gender-Perspektiven

Diverse Stellungnahmen aus frauenpolitischen wissenschaftlichen Zusammenhängen haben die durchgängige Benennung von siebzehn männlichen Sachverständigen kritisiert.

Diese Kritik gilt es sehr ernst zu nehmen.

Zum einen rege ich an, dass Expertise von Frauen dahingehend in der Enquete-Kommission gestärkt wird, dass etwa jede Fraktion um eine Sachverständige erweitert wird.

Zweitens sollten wir Gutachten zu den Themen aktuelle Krise, Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität auf Gender-Perspektiven in Auftrag geben und prominente Wissenschaftlerinnen zu Anhörungen einladen (z.B. aus dem Wuppertal-Institut). Gender-Perspektiven sind wichtig für das Verständnis der Ökonomie – insbesondere durch die Berücksichtigung von Reproduktion und Pflegearbeiten, die oft unbezahlt und von Frauen geleistet werden).

Drittens sollte bei der Besetzung der aktuell extern ausgeschriebenen Stellen im Sekretariat darauf geachtet werden, dass eine Stelle mit einer Person besetzt wird, die durch Gender-Expertise ausgewiesen ist.

Schließlich sollte über die Vorsitzende unserer Enquete-Kommission und mit unser aller Unterstützung die Initiative ergriffen werden, zukünftig strukturell bei der Zusammenstellung und Einsetzung von Enquete-Kommissionen auf eine geschlechtergerechte Besetzung zu achten.

4. Migrantische Perspektiven

Ein weiterer blinder Fleck sind migrantische Perspektiven. Wir sollten mindestens ein Gutachten in Auftrag geben, um mehr über den Zusammenhang von aktueller Krise, Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität für MigrantInnen sowie politische und gesellschaftliche Handlungsansätze zu erfahren.

Hier gilt es neuere Entwicklungen in der Wirtschaft zu berücksichtigen (etwa Spezifika der Beschäftigung von MigrantInnen), aber auch in den Konsummustern und Lebensstilen.

5. Innerdeutsche Perspektiven

In der Enquete-Kommission sind m.W. mit Ausnahme der Vorsitzenden Daniela Kolbe alle ParlamentarierInnen und Sachverständigen westdeutsch sozialisiert. Wir sollten aber auch Wissen und Entscheidungsgrundlagen darüber schaffen, inwiefern in Ostdeutschland die Erfahrungen und aktuellen Lebensrealitäten einen ganz anderen Umgang mit den Themen WWLQ implizieren und was das für Politik bedeutet.

6. Zivilgesellschaftliche und Unternehmensperspektiven

M.E. sollte die Arbeit der Enquete nicht auf das hoffentlich produktive Zusammenspiel zwischen Parteien / staatlicher Politik und Wissenschaft eng geführt werden, sondern es sollten unterschiedliche zivilgesellschaftliche und Unternehmensperspektiven berücksichtigt werden. Wir haben dazu teilweise Expertise (z.B. Michael Müller), sollten sie uns aber auch zusätzlich von außen über Anhörungen und Gutachten organisieren.

7. Internationale Perspektiven

Und schließlich birgt eine Diskussion um Wachstumsindikatoren eine Art „methodologische Engführung“ auf den Nationalstaat. Hier sind die Statistiken verfügbar, es ist aber auch die weiterhin entscheidende Ebene der Politik. Dennoch sollten wir nicht nur die Transnationalisierung von Produktion (Stichworte: global sourcing und neue internationale Arbeitsteilung) und Konsum, sondern auch die Europäisierung und Internationalisierung der Politik im Blick behalten und systematisch bearbeiten.

Was sind die Handlungskorridore für WWLQ-Politiken unter Bedingungen der ökonomischen, politischen und kulturellen Europäisierung und Globalisierung?

Das betrifft insbesondere die Wachstumsdiskussionen in anderen Weltregionen. In der Enquete könnten exemplarisch die Debatten und Politiken einer „sufficiency economy“ (vorgeschlagen vom thailändischen König als Folge der Krise 1998) und des „vivir bien / gutes Leben“ (das in Ecuador als Staatsziel in der Verfassung festgeschrieben wurde) rezipiert werden. Wie wird in diesen Diskussionen und Politik-Ansätzen mit Wachstumsfragen umgegangen?

Welche Rolle spielen alternative Wachstums- und Wohlstandsvorstellungen in Ländern wie Indien, Brasilien oder China?

Eigene Kompetenzen

- Ökonomische Dimensionen der Globalisierung und ihre politische Steuerung (Global Governance);
- Transformation des Staates im Globalisierungsprozess und Fragen effektiver und legitimer politischer Steuerung (Governance) auf nationaler wie internationaler Ebene;
- Ökologische Krise, (internationale) Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik; Debatten um nachhaltiges Wachstum, de-growth und steady state economy, „Post-Wachstum“; Konsumweisen / Lebensstile; verbunden mit der Transformation von Arbeit (formeller Lohnarbeit wie anderer Tätigkeiten);
- Sozial-ökologische Indikatorendiskussion; z.B. Kooperation mit dem Institut für Soziale Ökologie in Wien, die den HANPP-Indikator (human appropriation of net primary production) entwickelt haben;
- Alternativen zum Wachstumszwang; z.B. Entwicklungen unter dem Begriff „Klimagerechtigkeit“, Ansätze zu Gemeingütern und zur Rolle öffentlicher Güter;
- die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure;
- Diskussionen und Erfahrungen zu anderen Entwicklungsmodellen in Lateinamerika, Post-Extraktivismus und alternative Wachstumsmodelle.

Jüngere Publikationen (Auswahl zu Enquete-relevanten Themen)

Brand, U. (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegen-hegemoniale Strategien. Hamburg: VSA.

Brand, U./Wissen, M. (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. In: Demirović, Alex et al. (Hg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 78-93.

Brand, U./Scherrer, C. (2011): Global Governance: Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung. OnlineAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

<http://www.fes-online-akademie.de/modul.php?md=7&c=texte&id=163>

Brand, U. (2010): The Hegemony of Sustainable Development. Gendered Policy Knowledge in Global Environmental Politics In: Scherrer, C./Young, B. (Hg.): Gender Knowledge and Knowledge Networks in International Political Economy. Baden-Baden.

Brand, U. (Hg., 2010): Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates: Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive. Münster.

Brand, U. (2009): Schillernd und technokratisch. Grüner New Deal als magic bullet in der Krise des neoliberal-imperialen Kapitalismus? In: Prokla 156 (September).

Brand, U. (2009): Welche Wege aus der multiplen Krise? In: agrarische rundschau (Wien), 5/2009, 13-15.

Brand, U. et al. (Hg.,2009): Contours of Climate Justice. Ideas for shaping new climate and energy politics. "Critical Currents", No. 6, 2009. Uppsala (www.dhf.uu.se)

Brand, U./Sekler, N. (2009): Postneoliberalism. A beginning debate. Special issue of the journal "Development Dialogue", No. 51, 2009, Uppsala; Portugiesische Version bei Federal University of Rio de Janeiro Publisher

Brand, U. (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Heinrich Böll Stiftung, Berlin.

http://www.boell.de/downloads/internationalepolitik/multiple_krisen_u_brand_1.pdf

Brand, U./Görg, C. (2008): Sustainability and Globalisation: A Theoretical Perspective. In: Park, J. et al. (Hg.): The Crisis of Global Environmental Governance. Towards a new political economy of sustainability. London and New York: 13-33.

Brand, U. (2007): Zwischen Normativität, Analyse und Kritik: Die jüngere Diskussion um Global Governance. In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP), 1/2007, 26-50.

Brand, U. (2007): Die Internationalisierung des Staates. In: Becker, Joachim/Imhof, Karen/Jäger, Johannes/Staritz, Cornelia (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat, 260-279.

Brand, U./Lösch, B./Thimmel, St. (Hg., 2007): ABC der Alternativen, Hamburg.